

**HESSISCHER LANDTAG**

25. 02. 2020

Kleine Anfrage**Christoph Degen (SPD) vom 15.07.2019****Geplante Maßnahmen zur Stärkung schulischer politischer Bildung****und****Antwort****Kultusminister****Vorbemerkung Fragesteller:**

Gemäß Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien soll künftig ein durchgängiger Politikunterricht an allen weiterführenden Schulen in Hessen sicherstellt werden. Zudem trete man für eine Stärkung des Fachs „Politik und Wirtschaft“ ein. Ebenso wie das Fach Geschichte solle dieses Fach nicht abwählbar sein.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele zusätzliche Wochenstunden in welchen Jahrgangsstufen erachtet die Landesregierung als notwendig, um einen durchgängigen Politikunterricht an allen weiterführenden Schulen sicherzustellen? (Darstellung nach Schulformen bzw. Bildungsgängen)

An Schulen mit gymnasialem Bildungsgang und an Schulen mit dem Bildungsgang Realschule ist es in der Sekundarstufe I bereits jetzt möglich, das Fach Politik und Wirtschaft durchgängig zu unterrichten (nach der Verordnung über die Stundentafeln für die Primarstufe und die Sekundarstufe I vom 5. September 2011). Die Planungen zur Sicherstellung einer Ausweitung des Politikunterrichts sind noch nicht abgeschlossen.

Frage 2. Wie viele Lehrkräfte würden auf der Basis der aktuellen Schülerzahlen (Schuljahr 2018/2019) benötigt, um entsprechend mehr Politikunterricht in den betreffenden Fächern in der Sekundarstufe I abzudecken?

Die Anhebung der Stundenzahlen in der Sekundarstufe I um eine Stunde für den Bildungsgang Hauptschule und um zwei Stunden für die integrierten Gesamtschulen führt auf Basis der Klassenzahlen aus dem Schuljahr 2018/2019 (es wurde jeweils die Jahrgangsstufe mit den meisten Klassen verwendet) zu folgender Rechnung: Im Schuljahr 2018/2019 gab es in der Jahrgangsstufe 9 im Bildungsgang Hauptschule hessenweit 329 Klassen. Weist man eine Stunde mehr zu, so sind insgesamt 329 Stunden zusätzlich nötig. Der Stellenbedarf für Hauptschulen läge bei ca. 13 Stellen. In der Jahrgangsstufe 5 gab es im Schuljahr 2018/19 an den integrierten Gesamtschulen hessenweit 473 Klassen. Dementsprechend läge der Stellenbedarf für integrierte Gesamtschulen bei ca. 37 Stellen. Für die Ausweitung des Fachs Politik und Wirtschaft in der Sekundarstufe I wird daher ein Stellenbedarf von etwa 50 Stellen angenommen.

Frage 3. Wie viele Schülerinnen und Schüler der Oberstufe besuchten im Schuljahr 2018/2019 jeweils die Fächer „Politik und Wirtschaft“, „Geschichte“ und „Erdkunde“? (Darstellung nach Einführungsphase und Q-Phasen)

Anzahl Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe¹ an öffentlichen Schulen, die im Schuljahr 2018/2019 die aufgeführten Fächer² besucht haben

Fach	Phase		
	E1	Q1	Q3
Erdkunde	3.126	1.897	1.250
Geschichte	22.408	23.292	21.523
Politik und Wirtschaft	22.021	22.953	13.601

¹ allgemeinbildend und beruflich (ohne Schulen für Erwachsene) | ² als Pflicht-, Grund- oder Leistungskurs

Frage 4. Wie viele Lehrkräfte würden auf der Basis der aktuellen Schülerzahlen (Schuljahr 2018/2019) benötigt, um entsprechend mehr Politikunterricht in der Sekundarstufe 2 abzudecken, sofern „Politik und Wirtschaft“ nicht mehr abwählbar wäre?

Für einen durchgängigen Unterricht im Fach Politik und Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe sind keine zusätzlichen Stellen notwendig.

Frage 5. In welchem Umfang wurde im Schuljahr 2018/2019 Politikunterricht in allen entsprechenden Fächern und Jahrgangsstufen fachfremd unterrichtet? (Angabe prozentual nach Schulamtsbezirken)

Das Fach Politik und Wirtschaft ist gemeinsam mit den Fächern Erdkunde und Geschichte dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld zuzuordnen. Insofern ist der fachfremde Einsatz einer Geschichts- oder Erdkundelehrkraft im Fach Politik und Wirtschaft aufgrund der inhaltlichen Nähe der Fächer möglich und wird pädagogisch sachgerecht so umgesetzt.

Beispielsweise unterrichten Lehrkräfte im Rahmen des „Klassenlehrer-Prinzips“ das Fach Politik und Wirtschaft, die in der Klasse andere Fächer (gemäß ihrer Lehrbefähigung) unterrichten. Unter anderem an integrierten Gesamtschulen und Mittelstufenschulen ist zudem der Lernbereich Gesellschaftslehre, der u.a. Geschichte, Politik und Wirtschaft sowie Erdkunde beinhaltet, eingerichtet, bei der das o.g. Klassenlehrerprinzip überwiegend umgesetzt wird. Diese Lehrkräfte gelten für das Fach Politik und Wirtschaft dann im Rahmen einer Abfrage als „fachfremd“. Auf Anlage 1 wird verwiesen.

Frage 6. Wie kann aus Sicht der Landesregierung das Fach „Politik und Wirtschaft“, wie im Koalitionsvertrag beschrieben, über die bereits beschriebenen Maßnahmen hinaus gestärkt werden?

Für das Hessische Kultusministerium hat die politische Bildung einen hohen Stellenwert. Das Verständnis von politischen Prozessen und politische Urteilsfähigkeit stellen elementare Voraussetzungen für die Partizipation eines mündigen Bürgers in einer Demokratie dar. In diesem Sinne wird das Hessische Kultusministerium über die Stärkung des Politikunterrichts hinaus das Kennenlernen der kommunalen Parlamente im schulischen beziehungsweise außerschulischen Kontext fördern, die Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung in Schulen stärker bewerben sowie den Besuch der europäischen Institutionen als festen Bestandteil in die hessischen Curricula aufnehmen.

Für die politische Partizipation ist die Einübung konkreter Handlungen neben analytischen Fähigkeiten und der Urteilskompetenz von hoher Bedeutung. Die hessischen Schulen sollen deshalb im Dialog mit der Landesschülervertretung und dem Landeselternbeirat als Orte der Mitbestimmung gestärkt werden. Darüber hinaus soll im Rahmen einer nachhaltigen Wertevermittlung das Grundgesetz stärker in den Fokus genommen werden.

Derzeit befindet sich die Umsetzung der oben beschriebenen Ziele in einer ersten Planungsphase.

Frage 7. Welche Konsequenzen sieht die Landesregierung für das Fach Erdkunde und dessen Anwahl durch Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, sofern „Politik und Wirtschaft“ in der Oberstufe künftig nicht mehr abwählbar wäre?

Das Fach Erdkunde ist von großer Bedeutung. Die Landesregierung plant nicht und hat nie geplant, das Fach Erdkunde abzuschaffen oder seine Stellung an den Schulen zu schwächen.

Frage 8. Welche Konsequenzen sieht die Landesregierung für das Fach Wirtschaftswissenschaften (WiWi), das laut Verordnung den Unterricht in „Politik und Wirtschaft“ in der Oberstufe bisher ersetzen kann (§ 26 OAVO, Abs. 6, Punkt 2b)?

Das Fach Wirtschaftswissenschaften ist wie das Fach Politik und Wirtschaft integrativ angelegt, d.h. es verbindet miteinander verwobene politische und wirtschaftswissenschaftliche Kompetenzen und Wissenselemente. Auch durch den Besuch des Faches Wirtschaftswissenschaften wird somit eine vertiefte politische Allgemeinbildung gesichert.

Wiesbaden, 17. Februar 2020

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Anteil des Fachs Politik und Wirtschaft, der im Schuljahr 2018/2019 an öffentlichen Schulen fachfremd unterrichtet¹ wurde	
Staatliches Schulamt	Anteil fachfremd [%]
für den Hochtaunuskreis und den Wetteraukreis	12,9
für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg	30,8
für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis	19,7
für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt	22
für den Landkreis Fulda	26,6
für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis	23,6
für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis	19
für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg und den Werra-Meißner-Kreis	26,7
für den Landkreis Kassel und die Stadt Kassel	27,4
für den Landkreis Marburg-Biedenkopf	23
für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main	14,9
für den Main-Kinzig-Kreis	20,5
für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Stadt Wiesbaden	15,5
für den Schwalm-Eder-Kreis und den Landkreis Waldeck-Frankenberg	32,9
für die Stadt Frankfurt am Main	18,1

¹ in allgemeinen Schulformen der Sekundarstufe I sowie in der gymnasialen Oberstufe, inkl. berufliches Gymnasium als auch Schulen für Erwachsene; dabei wurden Pflicht-, Grund-, Leistungskurse und Wahlpflichtunterrichte berücksichtigt